



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Patrick Friedl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Klimaneutrales Staatsministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration über die Treibhausgasemissionen des Staatsministeriums der Justiz (StMJ) zu berichten und hierbei die Emissionen im Bereich Strom, Wärme, Beschaffung und Mobilität aufzuzeigen.

Zusätzlich ist zu berichten, mit welchen Maßnahmen das StMJ die Klimaneutralität erreichen will und mit welchen Projekten die derzeit noch emittierten Treibhausgasemissionen ausgeglichen werden sollen.

Begründung:

Das Bayerische Klimaschutzgesetz schreibt in Art. 3 vor, dass die Staatsministerien bis zum Jahr 2023 klimaneutral sein sollen. Jedes Staatsministerium ist deshalb aufgefordert, die eigenen Emissionen zu reduzieren und unvermeidbare Restemissionen auszugleichen. Die Staatsregierung hat die Fa. Future Camp beauftragt, bis zum 31.12.22 eine Starterbilanz vorzulegen. Im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration sollen diese Bilanz des StMJ und die Maßnahmen zum Erreichen der Treibhausgasneutralität vorgestellt werden. Zudem ist zu erläutern, auf welche Weise die unvermeidbaren Restemissionen ausgeglichen werden sollen.